

Thema

Sexmesse. Ausgetüftelte Spielzeuge, nackte Haut, Cupcakes und ange-laufene Kameraobjektive: Das war die Extasia 2015 in Basel. **Seite 4**

Schweiz

Möglichkeit der Wahl. Im Vorfeld der Bundesratswahlen wird neuerdings der SVP-Kandidat Guy Parmelin als Favorit gehandelt. **Seite 6**

International

Möglichkeit der Abwahl. Nachdem die Linke in Argentinien verlor, droht ihr auch in anderen südamerikanischen Ländern der Machtverlust. **Seite 7**

Basel

Abschied. Basel-Stadt entliess – mit Musik, Wurst und Kartoffelsalat – 264 Soldaten und Unteroffiziere. **Seite 13**

Integration. Ex-FCB-Spieler Benjamin Huggel coacht am Chlausencup in Oberdorf Flüchtlinge. **Seite 17**

Kultur

Modernes Märchen. Das Theater Basel und das Vorstadttheater zeigen den «Gestiefelten Kater» in einer eher ungewöhnlichen Fassung. **Seite 20**

Wirtschaft

Zuversichtlich. Trotz der Frankenstärke dürfte der Wirtschaft ein grosser Konjunkturreinbruch erspart bleiben, heisst es beim Seco. **Seite 29**

Sport

Mit den Füssen. Auch beim letzten Formel-1-Grand-Prix in Abu Dhabi gab Mercedes mächtig Gas. **Seite 31**

Mit den Händen. Boxer Tyson Fury gelang es, im Schwergewicht Wladimir Klitschko zu entthronen. **Seite 36**

Wetter

Region. Die Woche beginnt bewölkt und besonders am Vormittag regnerisch. Es weht ein kräftiger Südwestwind. Temperaturen bis 12 Grad. **Seite 12**

www.baz.ch

Online. Die Bahnlinie zwischen Basel und Delémont soll zwischen 2016 und 2025 ausgebaut werden. In Grellingen unterzeichnen die SBB die Verträge mit dem Baselbiet und dem Jura.



Das Elsass kämpft gegen den Einfluss aus Paris

Erzwungene Eingliederung in eine Grossregion stösst auf Widerstand

Von Misha Hauswirth

Strassburg. Anfang Dezember gehen die Elsässerinnen und Elsässer wählen. Nach den Terroranschlägen von Paris sind die lokalen Themen etwas in den Hintergrund gerückt, doch während der Regionalwahlen dürften sie wieder aktuell werden. Besonders wichtig ist die von Paris aufgezwungene Eingliederung des Unter- und Oberelsasses in die Grossregion Alsace-Champagne-Ardenne-Lorraine, kurz Alca.

Viele der Elsässer befürchten, dass ihre Departements und deren Anliegen durch die grosse Fusion in die Bedeutungslosigkeit abdriften. Eine Umfrage des Institut d'études de marché et d'opinion hat die Skepsis gegenüber Alca eingefangen: 81 Prozent sind mit

dieser staatlich verordneten Neueinteilung nicht zufrieden. Kritiker wie Robert Hertzog, emeritierter Professor für öffentliches Recht an der Universität Strassburg, bemängeln, dass das Volk nie über diese Fusion abstimmen konnte. Zudem gebe es in Frankreich keine Rechtsgrundlage, um eine solche einschneidende Massnahme über die Köpfe der Leute hinweg zu entscheiden. Trotzdem hält die sozialistisch dominierte Regierung unter Präsident François Hollande an der Realisierung von Alca im Jahr 2016 fest.

Keine echte Zweisprachigkeit

Dass Paris sich so uneinsichtig zeigt und nicht mit sich reden lassen will, hat für den Strassburger Blogger Joseph Schmittbiel System. Frankreich habe

zwar die Charta für sprachliche Minderheiten sowie regionale Vielfalt unterzeichnet, aber bis heute nicht ratifiziert. «Frankreich hat unsere Kultur mit allen Mitteln bekämpft», sagt Schmittbiel. Darum werde auch nichts unternommen, um im Elsass eine wirkliche Zweisprachigkeit zu gewährleisten und den Jungen die Chance zu geben, in Deutschland oder der Schweiz eine Stelle zu finden. Wenn die Elsässer das Elsassisch retten wollen, werde das wohl nur mit einer radikalen Massnahme gehen. «Ob wir ein Schweizer Kanton werden, ein deutsches Bundesland oder ein autonomer Staat – keine der drei Lösungen kann schlimmer sein als die jetzige Situation.» Andernfalls werde das Elsassisch im 21. Jahrhundert definitiv aussterben. **Seite 5**

Der FC Basel jubelt ein weiteres Mal



3:0 gegen Luzern. Am Donnerstag feierte der FC Basel den Gruppensieg in der Europa League, gestern nun kehrte das Team von Urs Fischer in der Liga zum Siegen zurück. Nach zuletzt zwei Super-League-Niederlagen zeigte der FCB im letzten Heimspiel des Jahres gegen Luzern eine starke Leistung und siegte dank Toren von Birkir Bjarnason, Davide Callà und Mohamed Elneny 3:0. Die Partie war bereits nach einer halben Stunde entschieden. dW Foto Keystone **Seiten 34, 35, 36**

Die EU ist doch gesprächsbereit

Steuerung der Zuwanderung

Bern. Und sie bewegt sich doch. Gemäss der NZZ am Sonntag könnte es mit der EU-Kommission zu einer Einigung betreffend der Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative kommen.

Die EU hat nämlich selber ein Interesse an einer baldigen Einigung. Sie will vor allem vermeiden, dass ihre Mitgliedsländer mit Verweis auf die Schweiz Beschränkungen der Personenfreizügigkeit fordern. Offenbar ist die EU-Kommission bereit, ein System mit einer Schutzklausel innerhalb des bestehenden Abkommens zu akzeptieren, wie es der Vertrag vorsieht. Sonst droht die einseitige Umsetzung durch die Schweiz. Die EU-Befürworter in der Schweiz hatten immer behauptet, das sei unmöglich. **fi Seite 6**

Grosse Trauer um Luc Bondy

Hollande würdigt den Schweizer

Paris. Europäische Politiker und Kulturschaffende haben den am Freitag in Paris verstorbenen Theatermann Luc Bondy als sensiblen und intellektuellen Künstler gewürdigt. Auch Frankreichs Präsident François Hollande verneigte sich vor dem Schweizer. Hollande würdigte Bondy als grossen europäischen Künstler und als Kämpfer bis zuletzt: «Obwohl ihn Krankheit seit der Jugend begleitete, liess er nicht nach, arbeitete unermüdlich und litt, aber schuf unverdrossen weiter.» Der Regisseur hatte seit 2012 das Pariser Odéon-Theater geleitet. Bondy wirkte auch an wichtigen deutschsprachigen Häusern, darunter die Berliner Schaubühne und das Wiener Burgtheater. SDA **Seite 19**

Stadtlauf bleibt ein Renner

Über 8000 laufen ins Ziel

Basel. Es ist wie fast jedes Jahr. Am Tag des Stadtlaufs scheint die Sonne und lässt sich bis in die Abendstunden nicht vertreiben. So war Wettergott Petrus auch der 33. Ausgabe des Basler Stadtlaufs wohlgesinnt. Bei idealen Laufumtemperaturen überstieg die Zahl der Anmeldungen bereits zum vierten Mal in der Geschichte des Traditionslaufes die 9000er-Marke. Davon schafften es über 8000 Laufsportbegeisterte auch bis ins Ziel. Zuschauer hatte es indes weniger als in den vergangenen Jahren. Für das OK ein Punkt, der analysiert werden muss. **ae Seite 33**

Für mehr Klimaschutz

Weltweite Proteste vor der Uno-Klimakonferenz in Paris

Paris. Vor der Weltklimakonferenz in Paris haben am Wochenende Hunderttausende Menschen auf der ganzen Welt für mehr Klimaschutz demonstriert. In der französischen Hauptstadt bildeten gestern Tausende Demonstranten eine Menschenkette und stellten symbolisch Schuhe ab. Nachdem der zentrale Protestmarsch in Paris aus Sicherheitsgründen verboten worden war, setzten vor dem heute beginnenden Treffen der Staats- und Regierungschefs zudem Zehntausende Menschen in Städten wie Sydney, London und Seoul ein Zeichen. Nach den Anschlägen in Paris am 13. November mit 130 Toten hatten die französischen Behörden die für gestern geplante Grossdemonstration in Paris untersagt. Die Veranstalter sprachen von 10 000 Teilnehmern, die sich an den Händen hielten.

Einen Tag vor dem offiziellen Beginn der Uno-Klimakonferenz in Le Bourget

bei Paris nahmen die Delegationen aus 195 Ländern am Sonntagabend bereits ihre Arbeit auf. Der Beginn der Beratungen wurde um einen Tag vorgezogen, um die knappe Zeit so gut wie möglich zu nutzen. Zur Eröffnung der Klimakonferenz werden fast 150 Staats- und Regierungschefs erwartet, unter ihnen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und US-Präsident Barack Obama. Auch die Schweiz ist mit einer Abordnung in Paris vertreten.

Das auf der Konferenz angestrebte verbindliche Klimaschutzabkommen wird nicht nur politisch kontrovers diskutiert, auch unter Ökonomen sind die Meinungen geteilt – zahlreiche haben den Gipfel bereits abgeschlossen, noch ehe er begonnen hat. Eine Chance auf eine Einigung sieht hingegen David Bresch, Klimaexperte der Versicherung Swiss Re, der Teil der Schweizer Delegation ist. SDA/pg **Seite 29**

Uni-Vertrag unter Druck

SVP-Landrat Weibel kündigt weiter Widerstand an

Liestal/Basel. Mit einem 80-Millionen-Franken-Hilfspaket zuhanden des Baselbiets will die Stadtregierung verhindern, dass der Landkanton die Staatsverträge für die Universität und die Kulturinstitutionen kündigt. Dies vor allem, weil das Baselbiet Geld sparen will. Doch noch ist die Finanzspritze nicht beschlossene Sache: SVP-Landrat Hanspeter Weibel kündigt im Interview mit der BaZ Widerstand an. «Wir werden die Vorlage zur Sanierung der Pensionskasse bekämpfen», sagt er. Damit greift die SVP eine Vorlage an, an die der 80-Millionen-Deal geknüpft ist. Dieses Vorgehen sei für die Partei bereits vor der Regierungsvereinbarung über die 80 Millionen Franken klar gewesen. Bei der Pensionskasse geht es um je 15 Millionen Franken aus den beiden Kantonen, die die Uni erhalten soll.

Weibel geht auch hart ins Gericht mit den Regierungsräten Anton Lauber

und Eva Herzog. Die Basler Finanzdirektorin und ihr Baselbieter Amtskollege wollen den Leistungsauftrag der Universität nicht in der Öffentlichkeit diskutieren: «Es geht um sehr viel Steuergeld. Da ist eine Auseinandersetzung, auch eine öffentliche, unabdingbar.»

Die Doppelspurigkeiten, die es zwischen der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW und der Universität gibt, sind Weibel ebenfalls ein Dorn im Auge: «Es ist nötig, diese aufzuspüren und zu eliminieren. Die Kosten der FHNW sind überproportional gestiegen, ohne dass ein feststellbarer Mehrwert sichtbar geworden ist.»

SVP-Landrat Weibel spricht sich nicht per se gegen die Universität aus, fordert allerdings klare Spielregeln: In einem neuen Vertrag solle klar festgehalten werden, dass der Universitätsrat die Interessen der Kantone wahrzunehmen hat. td/cin **Seite 11**

ANZEIGE

Winterräder geschenkt

PEUGEOT 208
13'900.– CHF

208 Urban Soul 1.2, 82 PS, 5-t

AUTO HAUS WEDERICH, DONÄ AG
Das sympathische Autohaus

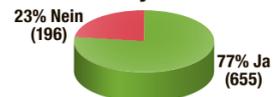
PEUGEOT HAUPTVERTRETUNG
St. Jakobs-Strasse 90 · 4132 Muttenz
Tel. 061 46750 50 · www.autohaus.ch

Frage des Tages

Wollen Sie bei den Verhandlungen zum Uni-Vertrag mitreden können?

Der Uni-Leistungsauftrag der Universität soll nicht öffentlich diskutiert werden. Würden Sie gerne mitreden? www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage vom Samstag:
Sollen die Strafverfolgungsbehörden Handys überwachen?



«Es geht um sehr viel Steuergeld»

Landrat Hanspeter Weibel (SVP) zu den Verhandlungen beider Basel über den Uni-Vertrag



bleibt inhaltlich hart. Trotz 80-Millionen-Deal erhält SVP-Landrat Hanspeter Weibel seine Forderungen zur Universitätspolitik aufrecht. Foto Dominik Plüss

Von Thomas Dähler

BaZ: Der Staatsvertrag der beiden Basel über die gemeinsame Trägerschaft der Universität ist eine der Hauptursachen für die finanziellen Probleme des Kantons Baselland. Noch ist nicht gesichert, ob der Kanton Basel-Stadt mit der Übernahme von zusätzlichen 80 Millionen Franken die Verschiebung der Vertragskündigungen erreichen kann. Herr Weibel, müssen wir davon ausgehen, dass eine der Vorlagen, an die der 80-Millionen-Deal geknüpft ist, noch bekämpft wird?

Hanspeter Weibel: Ja, wir werden die Vorlage zur Sanierung der Pensionskasse bekämpfen. Das war für uns schon lange vor der Regierungsvereinbarung über die 80 Millionen klar. Es geht um je 15 Millionen Franken aus Baselland und Basel-Stadt, welche die Uni in Tranchen von sechs Millionen über fünf Jahre verteilt erhalten soll. Dies ist im Uni-Budget von über 650 Millionen eine jährliche Belastung, die unter einem Prozent liegt. Die Universität ist offenbar nicht einmal willens, einen Betrag von weniger als einem Prozent ihres Jahresbudgets einzusparen. Die Sanierungsbeiträge sollen ab 2017 bezahlt werden. Der Leistungsvertrag und das Globalbudget für die Periode 2018 bis 2021 sind aber noch gar nicht ausgehandelt.

«Man scheut die offene Diskussion und plant lieber im Elfenbeinturm weiter.»

Noch gehen viele, vor allem im Stadtkanton, davon aus, dass es gelingt, den Uni-Vertrag zu retten und diesen in vier Jahren sogar unverändert zu erneuern. Wie kann diesem Ansinnen Paroli geboten werden?

Eine Kündigung zum jetzigen Zeitpunkt würde mehr Druck erzeugen, bei den Verhandlungen über eine partnerschaftliche Lösung die Ziele zu erreichen, die sich der Kanton Baselland setzt. Ersatzlos gekündigt werden sollte der Immobilienvertrag. Schon bei der seinerzeitigen Due-Diligence-Prüfung wurde erkannt, dass die Mieten überhöht sind. Gemäss Paragraph 9 des Uni-Vertrags wäre vorgesehen, dass Basel-Stadt der Universität die Räumlichkeiten zur Verfügung stellt. Dies darf nicht

weiter über den Immobilienvertrag und den Immobilienfonds ausgehebelt werden. Wichtig ist dann vor allem die Neuverhandlung des Leistungsauftrags und des Globalbudgets. Hier haben die beiden Regierungen zumindest das Lippenbekenntnis abgegeben, dass die Kosten gesenkt und die Leistungen fokussiert werden müssen. Dabei ist zu beachten, dass seit der ersten Vereinbarung die Kosten um insgesamt etwa 50 Prozent angestiegen sind. Ob der neue Leistungsauftrag und das Globalbudget im Landrat so einfach durchgewunken werden, steht auf keinen Fall von vornherein fest. Auch der Uni-Vertrag selbst muss in wichtigen Punkten überarbeitet werden.

Sehen Sie Chancen, den Ausgabenlevel zu senken oder neue Einnahmen zu generieren?

Es braucht meiner Ansicht nach neue Regeln für die Zuteilung der Beiträge an die einzelnen Fakultäten und Institute. Höher angesetzt werden muss die Selbstfinanzierungsverpflichtung – etwa mit Grundbeiträgen und einer anteilmässigen Finanzierungsbeteiligung gemäss generierten Drittmitteln. Drittmittel sagen bis zu einem bestimmten Grad, wie relevant der Beitrag der entsprechenden Fakultät für die hiesige Wirtschaft ist. Wer keine Drittmittel generiert, muss mit dem Grundbetrag auskommen.

Wie wollen Sie solche Ideen in die Diskussion einbringen? Die Regierungen wollen den Leistungsauftrag nicht in der Öffentlichkeit diskutieren, wie bei einem Gespräch zwischen den Regierungsräten Anton Lauber und Eva Herzog zu erfahren war. Ist eine öffentliche Diskussion nötig?

Es geht um sehr viel Steuergeld. Da ist eine Auseinandersetzung, auch eine öffentliche, unabdingbar. Die Aussage von Christoph Eymann im Gespräch mit der BaZ von Anfang Oktober, wonach es gefährlich sei, über das Angebot der Uni öffentlich zu diskutieren, zeigt überdeutlich, wie man die offene Diskussion scheut und lieber im Elfenbeinturm weiterplant. Dass die beiden Regierungen in einer ersten Phase gemeinsam die Claims abstecken, kann ich nachvollziehen. Aber sie müssen sich bewusst sein, dass sie im Auftrag der Bevölkerung verhandeln.

Welche Rolle kommt Ihrer Ansicht nach dem Parlament zu?

Das Resultat der Verhandlungen muss durch das Parlament und das

Volk beurteilt werden und vor diesen Bestand haben. Die Regierungen müssen sich deshalb entsprechend absichern und ein Verhandlungsergebnis vorlegen, das dem Willen des Parlaments und der Bevölkerung entspricht.

Auch bei den Verhandlungen um einen neuen Uni-Vertrag beabsichtigen die Regierungen, den Parlamenten erst den fertigen Vertrag vorzulegen. Finden Sie sich damit ab?

Ich habe im Landrat einen Vorstoss für eine Begleitkommission eingereicht. Wenn die Regierungen nicht erst ganz am Schluss feststellen wollen, wie es um die Befindlichkeit im Parlament steht, ist die Begleitung eines solchen Geschäfts unabdingbar, weil Modifikationen an einem Staatsvertrag nicht möglich sind und das Parlament sonst nur Ja oder Nein zum Gesamtpaket sagen kann. Bereits der heutige Staatsvertrag stand auf der Kippe, weil genau die heute diskutierten Mängel kritisiert wurden. Und das war noch zu finanzpolitisch einfacheren Zeiten. Unter den veränderten Rahmenbedingungen hätte der Vertrag heute keine Chance mehr.

Wo liegen Ihrer Ansicht nach die Finanzierungsprobleme heute?

Es gibt ein Grundproblem, auf das wir schon lange hingewiesen haben: die 50-zu-50-Beiträge. Wer die Kantone vergleicht, stellt fest, dass die Steuereinnahmen pro Kopf unterschiedlich sind. Bei jedem Vertrag, der eine paritätische Finanzierung vorsieht, besteht ein Ungleichgewicht zulasten von Baselland. Es braucht eine andere Lösung. Das gilt auch für das Tropeninstitut und das ETH-Projekt. Ein grosses Problem ist auch, dass die Beiträge gemäss Interkantonalen Universitätsvereinbarung viel zu tief sind und der Bund den grössten Anteil der Studierenden – diejenigen aus dem Ausland nämlich – kaum finanziert. Beim Finanzausgleich zwischen den Kantonen sind Spitzenmedizin und Spezialkliniken ungenügend berücksichtigt, obwohl diese im Instrument 5 des Nationalen Finanzausgleichs ausdrücklich als Aufgaben genannt sind, die von allen Kantonen gemeinsam finanziert werden müssten. Die beiden Basel sollten entsprechende Forderungen stellen.

Ausser der Universität finanziert der Kanton Baselland auch die Fachhochschule Nordwestschweiz, die FHNW, anteilmässig. Braucht es Ihrer Ansicht nach auch hier Veränderungen?

Zwischen der Universität und der FHNW gibt es Doppelspurigkeiten. Es ist nötig, diese aufzuspüren und zu eliminieren. Die Kosten der FHNW sind überproportional gestiegen, ohne dass ein feststellbarer Mehrwert sichtbar geworden ist.

Welches sind die primären Veränderungen, die Sie als Forderung für einen neuen Uni-Vertrag zwischen Baselland und Basel-Stadt aufstellen?

Im Vertrag sollte ausdrücklich festgehalten werden, dass der Universitätsrat die Interessen der Kantone wahrzunehmen hat. Es braucht auch griffigere Instrumente zur Kontrolle und zur Oberaufsicht. Auf keinen Fall sollte die Universität während den vier Jahren bis zum nächsten Leistungsauftrag mehr oder weniger

«Der Einsitz von Baselland nur als Gast im Hochschulrat ist ein No-Go.»

machen dürfen, was sie will. Die sogenannte Wachstumsstrategie der letzten Jahre etwa wurde im stillen Kämmerlein ausgehandelt und ohne eine Verabschiedung in den Parlamenten beschlossen. Auch kann es nicht sein, dass in den Entscheidungsgremien der Kanton Basel-Stadt überproportional vertreten ist, ob jetzt stimmberechtigt oder mit beratender Stimme. Und auch der Einsitz von Baselland nur als Gast im Hochschulrat ist ein No-Go.

Wie sehen Sie zeitlich die Entwicklung? Kommt der 80-Millionen-Deal zustande, gilt dieser nur bis 2019.

So oder so müssen der Leistungsauftrag und das Globalbudget Ende 2017 beschlossen sein. Die Eckwerte dazu müssten deshalb bis Ende 2016 ausgehandelt sein, damit sich die Universität rechtzeitig auf die neuen Vorgaben einstellen und verlässlich planen kann. Sollte hier keine Einigkeit erzielt werden können, ist auch der Uni-Vertrag zu kündigen.

Die Basler Regierungsrätin Eva Herzog hat im BaZ-Interview Baselland aufgefordert, die Steuern doch zu erhöhen. Das dürfte wohl kaum in Ihrem Sinn sein.

Vermutlich ist das Resultat der Fusionsabstimmung von ihr noch nicht so richtig wahrgenommen worden. Es ist völlig deplatziert, dem Nachbarkanton diesbezügliche Vorschläge zu unterbreiten.

Schulskosten stiegen stark an

Volksschulbericht 2013 bis 2015

Von Nadine A. Brügger

Basel. Bildung ist zurzeit ein arg diskutiertes Thema in Basel. Diesen Trend haben auch die Behörden gespürt, weshalb sie nun den ersten Volksschulbericht verfasst haben. Thematisiert werden die Schuljahre 2013/2014 und 2014/2015. Damit schliesst der Bericht an die Kursbücher an, welche die schrittweise Harmonisierung der Schule bis 2013 begleitet hatten.

Die Kosten in den Volksschulen sind stark angestiegen. Der Bericht argumentiert, dass die steigenden Schülerzahlen und zudem die Realisierung der Tagesstruktur «erhebliche Mehrkosten» verursacht haben. Besonders im Bereich der Miete für verschiedene Liegenschaften und im Personalbereich sind die Kosten angestiegen. Die Lohnerhöhungen der Lehrer seien allerdings erst ab 2016 in der Statistik sichtbar. Vom Beginn des Projekts Schulharmonisierung 2010 bis Ende 2014 wird der Kanton laut Budget 24 Millionen Franken ausgegeben haben. Damit bleibt für die weiteren fünf Jahre, in denen das Projekt abgeschlossen werden soll, ein Betrag von gut 15 Millionen Franken.

55 Prozent Fremdsprachige

Der Bericht zeigt in Zahlen auf, wie gross der Unterschied von Riehen und Bettingen zu Basel ist: Während der Anteil an fremdsprachigen Schülern in Basel ganze 55 Prozent ausmacht, sind es in Riehen und Bettingen gut 27 Prozent. Allerdings ist der Anteil an fremdsprachigen Schülern hier seit 2011 um fünf Prozent gestiegen. Ähnlich verhält es sich bei den Tagesstrukturen: In Basel ist die Nachfrage da, sie werden von 33 Prozent aller Schüler genutzt. In Riehen und Bettingen dagegen nutzen nur drei Prozent der Kinder die Möglichkeit einer Tagesstruktur.

Die vom Bericht berücksichtigten Semester standen laut Erziehungsdepartement «im Zeichen der schrittweisen Anpassung der Schulstruktur, zu der sich der Kanton Basel-Stadt mit dem Beitritt zum Harmos-Konkordat verpflichtet hat». Das heisst: «Die Primarschule wurde um zwei Jahre verlängert und der Start der neuen Sekundarschule auf das laufende Schuljahr hin vorbereitet. Schwerpunkte dabei waren die Einführung des Lehrplans 21 und der neuen Studententafel, die Umsetzung der neuen Schullaufbahnverordnung, die Etablierung der integrativen Schule sowie die Planung und Realisierung zahlreicher Um- und Neubauten im Rahmen der Schulraumoffensive.»

Der in diesem Schuljahr in Basel eingesetzte Lehrplan 21 wird zwar thematisiert, allerdings fehlen erste Einschätzungen darüber, wie die neuen Lehrvorgaben von Schülern und Lehrern aufgenommen wurden, beziehungsweise von Lehrerinnen, machen sie doch einen Anteil von 76 Prozent aus.

ANZEIGE

academia



Progymnasium D/E

www.academia-international.ch
Telefon +41 61 260 20 00

Sekundarschule D

www.academia-sekundarschule.ch
Telefon +41 61 715 96 90